

## Resolution der Vollversammlung am 30. September 2021

### **Ökosoziale Steuerreform muss auch der Land- und Forstwirtschaft nützen**

Aufgrund des globalen Ausmaßes der Klimakrise werden nicht nur österreichweit, sondern EU- und weltweit ehrgeizigere Ambitionen erforderlich sein, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Intensive Anstrengungen im Klimaschutz liegen im ureigenen Interesse der Land- und Forstwirtschaft und können einen wesentlichen Beitrag zur besseren wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit biogener Energieträger leisten.

Des Weiteren ist die österreichische Land- und Forstwirtschaft der einzige produzierende Sektor, der die Emissionen gegenüber 1990 um rund 15 Prozent senken konnte. Darüber hinaus ist die Land- und Forstwirtschaft in der Lage, große Mengen an Kohlenstoff durch Humus in Böden und in der Biomasse zu speichern.

Die Landwirtschaftskammer bekennt sich zur Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Rahmen der ökosozialen Steuerreform. Eine höhere CO<sub>2</sub>-Besteuerung führt jedoch gerade in der Landwirtschaft zu enormen Kostensteigerungen in den Bereichen Energie, Düngemittel und vieler sonstiger Betriebsmittel. Damit verschlechtert sich die Wettbewerbsposition der heimischen Landwirtschaft.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert daher das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie auf, in seiner Konzeption der Ökosozialen Steuerreform im Gegenzug für die Land- und Forstwirtschaft nachhaltig wirksame wirtschaftliche Entlastungsmaßnahmen zu schaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe für die Zukunft zu sichern. Die heimische Landwirtschaft ist schon aktuell mit enormen Investitions- und Betriebsmittelkostensteigerungen konfrontiert, die sich in mehreren wichtigen Produktionssparten bisher nicht in höheren Erzeugerpreisen niedergeschlagen haben. Die Land- und Forstwirtschaft liefert zentrale Beiträge zum Klimaschutz. Deshalb darf die anstehende ökosoziale Steuerreform daher keinesfalls zu Mehrbelastungen für die Landwirtschaft führen.